

Zwischen Bundestags- und Europawahl: Impuls für ein Europa für Bürger?

Selten zuvor wurde eine deutsche Bundestagswahl mit einem solch großen öffentlichen Interesse in ganz Europa verfolgt wie am vergangenen Sonntag. Doch in dieser gesamteuropäischen Aufmerksamkeit zeigt sich vielleicht weniger die Anerkennung für ein im europäischen Geiste verantwortungsbewusstes EU-Mitgliedsland. Es spiegelt sich darin wahrscheinlich vielmehr die große Sorge vieler Europäer vor einem deutschen Hegemon¹, der aus seiner ökonomischen Vormachtstellung heraus mit seinem Austeritätsdiktat der europäischen Demokratie und dem transnationalen Solidaritätsgedanken in Europa das Wasser abgräbt.

Dass mit der „Alternative für Deutschland“ ein neuer Akteur in der deutschen Parteienlandschaft nur äußerst knapp an der 5-Prozent-Hürde gescheitert ist, der in der öffentlichen Wahrnehmung fast ausschließlich mit dem Schüren anti-europäischer Ressentiments in Verbindung gebracht wurde, macht diese Sorgen nicht unbedingt kleiner. Und in der Tat scheinen die etablierten Parteien den Eurokritikern im Wahlkampf wenig Substanz, keine pro-europäische Vision entgegen gesetzt zu haben. Dabei steht für die deutschen Parteien die nächste europapolitische Bewährungsprobe bereits vor der Tür, wenn im Mai 2014 das Europäische Parlament und damit in gewisser Weise auch eine neue Europäische Kommission gewählt wird. Mit dem Rückenwind ihres Wahlerfolges bei der Bundestagswahl wird ausgerechnet die AfD dafür sorgen, dass gefühlt zum ersten Mal bei einer Europawahl in Deutschland endlich auch die europäische Gretchenfrage gestellt wird: Wie hast Du's mit Europa?

Die neue deutsche Bundesregierung wird sich daher mit Blick auf seine europäischen Partner und auf die europäische Debatte in Deutschland sehr schnell europapolitisch positionieren müssen. Erwartet wird ein klares Signal nach innen und außen, wie sie die europäischen Herausforderungen meistern und die Distanz zwischen der EU und ihren Bürgern überbrücken helfen will. Doch ist das realistisch? Gibt es dafür unter den möglichen Koalitionspartnern einen Konsens?

¹ Vgl. für viele: Thomas E. Schmidt, Der Hegemon, Die Zeit 17/2013 vom 18.04.2013

Europapolitik ist entgegen der landläufigen Meinung schon in diesem Bundestagswahlkampf kein Randthema gewesen. Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben in ihren Wahlprogrammen zum Teil sogar detailliert Auskunft über ihre europapolitischen Vorstellungen geliefert, wie die Analyse der Europäischen Bewegung Deutschland² und die Wahlprüfsteine von Europa-Union und Jungen Föderalisten³ zeigen. Dabei dominieren erwartungsgemäß wirtschafts- und finanzpolitische Themen; so bekennt sich z.B. Die Linke klar zu einem Festhalten am Euro und verspricht, sich in möglichen Koalitionsverhandlungen für eine „Ausgleichsunion“ als Alternative zur von CDU/CSU proklamierten „Haftungsunion“ einzusetzen, SPD und Grüne fordern in ihren Wahlprogrammen u.a. die Finanztransaktionssteuer. Aber auch zu grundsätzlichen Fragen der Weiterentwicklung der Europäischen Union und ihrer Institutionen, sogar zur Stärkung der europäischen Demokratie und Öffentlichkeit äußern sich die meisten Wahlprogramme. So fordern SPD, FDP und Grüne neben einer Beitrittsperspektive für die Türkei ein Initiativrecht für das Europaparlament, die CDU will die Kommission im Rahmen des Fiskalpaktes stärken. SPD und Grüne wollen weitergehende Vertragsänderungen im Rahmen eines Konventes umsetzen, an dem explizit auch die Zivilgesellschaft teilnehmen soll.

Nein, die europapolitische Perspektive fehlt den deutschen Parteien ebenso wenig wie eine Unterscheidbarkeit ihrer Positionen. Was diesem Bundestagswahlkampf 2013 aber in jeder Hinsicht gefehlt hat, war allerdings ein kraftvolles Bekenntnis der potentiellen Regierungspartner zu Europa, das über kleinteilige Rezepte zur Überwindung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise hinausreicht und einen Fahrplan zur Schaffung eines wirklichen „Europas der Bürger“ beinhaltet. Die neue Bundesregierung sollte dies schnellstmöglich nachholen. So fordert etwa Rainer Wend, Präsident der Europäischen Bewegung Deutschland, die „neuen Koalitionäre um Bundeskanzlerin Angela Merkel sollten bereits in ihrem Regierungsprogramm europapolitisch Farbe bekennen und neue Wege in der Vermittlung europäischer Politik festschreiben“. Für den Koalitionsvertrag seien eine neue Struktur für die

² <http://www.netzwerk-ebd.de/news/ebd-veroeffentlicht-europa-synopse-der-wahlprogramme-zur-bundestagswahl/>

³ <http://www.europa-union.de/eud/news/wahlpruefsteine-zur-bundestagswahl-wohin-steuert-die-deutsche-europapolitik/>

europapolitische Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland, eine „European Public Diplomacy“ und eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft im Vorfeld eines Europäischen Konventes für eine Reform der EU notwendig, so Wend in seinem „Europapolitischen Einwurf“⁴.

Feinjustierungen in einzelnen Politikfeldern und am institutionellen Setting der EU alleine werden zur Stärkung der europäischen Demokratie nicht ausreichen. Die Zukunft Europas braucht eine direkte Ansprache, Einbindung und politische Beteiligung der Bürger. Im Kern sind dies drei Bereiche, die es zu stärken und auszubauen gilt:

1. *Förderung einer europäischen Öffentlichkeit/Stärkung der „Europakommunikation“*: Dieser Bereich ist wahrscheinlich der am wenigsten umstrittene und am ehesten konsensfähige. Zur Überwindung einer fortschreitenden Entfremdung der Bürger von der europäischen Politikgestaltung liegt es nahe, die Information über Beteiligungsmöglichkeiten auszubauen. Die *Europäischen Jahre der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011* und *Für aktives Altern 2012* haben bereits zu einer stärkeren öffentlichen und politischen Wahrnehmung des bürgerschaftlichen Engagements in Europa und zu einem besseren Austausch unter den Förder- und Trägerstrukturen europaweit beigetragen. Jedoch fehlt es weiterhin an vermittelnden Strukturen und Anlaufstellen, die über europäische Engagement- und Beteiligungsmöglichkeiten informieren und zivilgesellschaftliche Organisationen und einzelne Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen vernetzen und zum Austausch anregen. Vor diesem Hintergrund haben die europäischen Netzwerke European Citizens Action Service (ECAS)⁵ und European Network of National Civil Society Associations (ENNA)⁶ im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 die Initiative des European Citizens House⁷ ins Leben gerufen. Dieses Europäische Bürgerhaus wird als virtuelle und perspektivisch auch physische Anlaufstelle

⁴ <http://www.netzwerk-ebd.de/news/ebd-praesident-wend-fordert-von-neuer-koalition-ein-klares-bekanntnis-zu-mehr-europa/>

⁵ <http://www.ecas-citizens.eu/>

⁶ <http://www.enna-europe.org/>

⁷ <http://www.ecas-citizens.eu/content/view/172/241/>

für alle Fragen der politischen Partizipation und des bürgerschaftlichen Engagements für zivilgesellschaftliche Organisationen und einzelne Bürgerinnen und Bürger aufgebaut. Gleichzeitig braucht es in Deutschland europabezogene Austausch- und Kommunikationsstrukturen von Staat und Zivilgesellschaft. Die Europäische Bewegung Deutschland fordert daher, die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit neu zu strukturieren. Das Auswärtige Amt hat bereits im Rahmen der Umsetzung des Europäischen Jahrs der Bürgerinnen und Bürger 2013 in Aussicht gestellt, den „Runden Tisch Europakommunikation“ als ein Stakeholder-Forum wiederzubeleben, das die wichtigsten Akteure der Europakommunikation aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringt.

2. Herstellung von mehr Transparenz in Bezug auf die Entscheidungsprozesse in der EU: Eine Stärkung der Europakommunikation und Öffentlichkeit setzt Transparenz und freien Informationszugang voraus. Der aktuelle Bericht des EU-Bürgerbeauftragten weist jedoch aus, dass fast jede vierte Beschwerde eine Klage gegen die mangelnde Transparenz in der EU zum Gegenstand hat⁸. Dabei garantierten die EU-Verträge zwar das Recht auf freien Zugang zu Dokumenten, und mit der Transparenzinitiative hat die EU unzweifelhaft große Anstrengungen unternommen, Zugänge zu erleichtern⁹. Doch insbesondere im Rat zeigen sich in vielen Fällen große Widerstände. In der Konsequenz erscheinen viele Entscheidungsfindungsprozesse für die Öffentlichkeit kaum noch nachvollziehbar, was den Eindruck einer Politik im demokratiefreien Raum verstärkt. Das mag an unterschiedlichen Transparenz-Kulturen der Mitgliedsstaaten liegen und einem gewissen Lernprozess geschuldet sein. Wichtig wird es sein, dass die europäische Öffentlichkeit – Zivilgesellschaft und Medien in erster Linie – nicht nachlässt in ihren Anfragen und Beschwerden, und die Politik ihre fortwährende Transparenz-Verantwortung ernst nimmt.

3. Ausbau von Beteiligungsverfahren im Sinne einer partizipativen Demokratie: Mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages existiert nun zum ersten

⁸ <http://www.ombudsman.europa.eu/de/activities/annualreports.faces>

⁹ http://ec.europa.eu/transparency/eti/index_de.htm

Mal im europäischen Primärrecht mit Artikel 11 EUV eine Rechtsgrundlage für die strukturelle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie die Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft in politische Entscheidungsprozesse. Im Sinne „partizipativer Demokratie“ werden Instrumente in Aussicht gestellt, um die repräsentative Demokratie in Europa um direktere bürgerbezogene Verfahren zu ergänzen und zu beleben. Neben der Einführung der in der Öffentlichkeit bereits vielbeachteten Europäischen Bürgerinitiative haben sich seit seinem Inkrafttreten zahlreiche Akteure europaweit Gedanken darüber gemacht, mit welchen Instrumenten und Verfahren ein solcher „offener, transparenter und regelmäßiger Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft“ ermöglicht werden kann. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliche Engagement hat sich Ende des vergangenen Jahres in einem Fachworkshop intensiv mit dieser Frage beschäftigt; der Bericht dazu ist jüngst veröffentlicht worden¹⁰. Mehr als ein einzigartiges Möglichkeitsfenster bietet Artikel 11 bisher allerdings noch nicht. Für seine Wirksamkeit sollte zeitnah eine konkrete Ausgestaltung erfolgen, die partizipative Beteiligungsverfahren auch verbindlich und einklagbar definieren. Eine Möglichkeit dazu wäre ein Rahmenabkommen in Form einer vom BBE geforderten „Charta der gesellschaftlichen Mitwirkung in Europa“.

Mirko Schwärzel ist freiberuflich in der Koordination der Europaarbeit des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) tätig. Er ist Mitglied im Vorstand des europäischen Engagementnetzwerks Centre Européen du Volontariat (CEV).

Kontakt: bbe-europar@b-b-e.de

¹⁰ <http://www.b-b-e.de/netzwerk/arbeitsgruppen/uu-9/materialien-9/>